

10.06.94

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage (Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz - EALG)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (423) - 526 02 - En 21/94

Bonn, den 10. Juni 1994

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich eine Ausfertigung meines heutigen Schreibens an den Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses.



Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat: Drs. 467/94 (Beschluß)

Durchschrift

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Bonn, den 10. Juni 1994

021 (423) - 526 02 - En 21/94

An den
Vorsitzenden des Vermittlungsaus-
schusses des Deutschen Bundestages
und des Bundesrates

53113 B o n n

Die Bundesregierung hat beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am
20. Mai 1994 verabschiedeten

Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur
Regelung offener Vermögensfragen und über staat-
liche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf
besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher
Grundlage (Entschädigungs- und Ausgleichsleistungs-
gesetz - EALG -)
BT-Drs. 12/4887, 12/7588, BR-Drs. 467/94

zu verlangen, daß der Vermittlungsausschuß gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grund-
gesetzes einberufen wird.

Dr. Helmut Kohl